

Staatliche Zuwendungen an die Kriegsgetreidegesellschaft.

Die Brünnner Handels- und Gewerbekammer hat die Aufmerksamkeit der Regierung auf die enorme Belastung gerade der minderbemittelten Bevölkerung durch eine neuerliche Erhöhung der Mehl- und Brotpreise gelenkt und den Antrag gestellt, die Regierung möge durch Zuwendung von Staatsmitteln an die Kriegsgetreidegesellschaft der drohenden Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel vorbeugen. Durch Zuwendung eines Betrages von etwa 35 Millionen Kronen an die Maiszentrale als Preisdifferenz zwischen den österreichischen Höchstpreisen für Edelgetreide und den effektiven Preisen für die in Ungarn getätigten Käufe würde eine weitere Steigerung der Mehlpreise in der Zeit bis zur neuen Ernte und damit eine als Kopfsteuer wirkende Belastung des gesamten österreichischen Konsums um den mindest dreifachen Betrag vermieden werden. Die tunlichste Niedrighaltung der Mehl- und Getreidepreise sei um so mehr anzustreben, als bekanntlich die Kriegsgetreidegesellschaft in Berlin die Mehlpreise in jüngster Zeit herabgesetzt hat, und auch der Magistrat in Berlin erst dieser Tage neuerlich die Höchstpreise für Roggenbrot ermäßigte.